

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 2 (1980)
Heft: 4

Artikel: Unter dem Schutz von Prof. Krauch : Naturwissenschaft-Faschismus-Industrie
Autor: Mehrtens, Herbert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652748>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Unter dem Schutz von Prof. Krauch Naturwissenschaft-Faschismus-Industrie

„Als 1939, kriegsbedingt, die Arbeiten über Hyperfeinstrukturen zurückgestellt werden mußten, habe ich mich ganz auf die Moleküluntersuchungen konzentriert, die ich unter dem Schutz von Prof. Krauch, dem damaligen Generalbevollmächtigten für Chemie, durchführen konnte.“ So erinnerte sich 1960 ein Spektroskopiker namens Schüler. Carl Krauch, der offenbar seine schützende Hand über die Forschung gehalten hat, war „Generalbevollmächtigter für Fragen der chemischen Erzeugung“ im Rahmen des nationalsozialistischen Vierjahresplans. Er hatte sich wohlweislich gehütet, mit dieser Funktion auch einen Beamten- oder Parteistatus zu bekommen. Schließlich hatte er die Interessen des größten Monopols, der IG Farben, zu vertreten. Das hatte er schon 1933 getan, als er den ersten Entwurf eines Vierjahresplans vorgelegt hatte, in dem die spätere kriegsorientierte Politik wirtschaftlicher Autarkie entworfen wurde – zur Sicherung des Binnenmarktes für die IG, deren Auslandsabsatz stagnierte. Krauch und die IG waren so erfolgreich, daß sein „Amt für Wirtschaftsausbau“ spöttisch als „Amt für IG Ausbau“ bezeichnet wurde und der Vierjahresplan, so der Historiker Petzina, sich „faktisch zu einem IG-Plan“ entwickelte. Sein Erfolg wurde belohnt. 1940 wurde er Generaldirektor der IG und Nachfolger von Carl Bosch, der sich wie Krauch als Wissenschaftspolitiker verdient gemacht hatte. Über die imperialistische Politik der IG Farben, ihre Beteiligung an der Sklavenarbeit in den KZs, die Giftgasproduktion und so weiter brauche ich nicht zu schreiben. Im Nürnberger IG Farben Prozeß von 1948 wurde Krauch zu sechs Jahren verurteilt. Das ist viel für einen halbherzig geführten Prozeß, dessen „Angriff gegen die Privatindustrie“ dem amerikanischen Ankläger schon nicht mehr opportun schien. Später brachte es Krauch nurmehr zum Aufsichtsratsmitglied der Chemischen Werke Hüls.

Daß also Krauch die Macht und das Interesse hatte, einen Spektroskopiker zu schützen, scheint klar. Bleibt die Frage:

Wovor? Und, nicht zu vergessen, die Frage, warum sich der Spektroskopiker von Prof. Krauch „geschützt“ und nicht ausgenutzt fühlte. Es gab zweifellos Grund, Schutz zu suchen. Die Nazis waren mit Naturwissenschaftlern und Ingenieuren nicht zimperlich, wenn es um die „Weltanschauung“ oder den Kriegsdienst ging. Erst seit etwa 1942/43, vor allem nach Stalingrad, fingen auch die Ideologen, Propagandisten und Terroristen der Partei und der SS an, sich um die Wissenschaften zu sorgen. Sie griffen einfach nach jedem Strohalm. Und die Wissenschaftler hatten ihren Vorteil davon.

Der Spektroskopiker war nicht allein mit seinem Schutzbedürfnis und der Anlehnung an den mächtigen Industriemann. Die wichtigste außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck-Gesellschaft) tat das gleiche und machte 1937 den IG Farben-Chef Carl Bosch zu ihrem Präsidenten, „denn nur die Industrie und die Wehrmacht imponierten damals noch den Nazis“ (F. Glum, damals Generalsekretär der KWG). Nach Boschs Tod wurde Albert Vögler, ein prominenter Vertreter der Schwerindustrie, sein Nachfolger.

Die berüchtigte nationalsozialistische „Deutsche“ oder „völkische“ Wissenschaft war nur in den ersten Jahren des Systems wirklich einflußreich. Seit etwa 1936/37 setzten sich die Interessen der Industrie und die Notwendigkeiten der Kriegsvorbereitung durch und nahmen die nicht NS-inspirierte, aber dafür funktionierende Wissenschaft unter ihre Fittiche. Die große Mehrheit der Wissenschaftler war damit zufrieden. Mit Hilfe der Industrie konnte sie sich dagegen wehren, daß ihnen ideologische Vorschriften über Methode und Theorie gemacht wurden oder Einberufungsbefehle „den Fortschritt der Wissenschaft“, das heißt sie selbst, bedrohten.

Für die Biologie, die ideologische Wissenschaft des Faschismus, sieht die Sache ein wenig anders aus. Aber ich habe in diesem Artikel vorwiegend Chemie, Physik und Mathematik im Blick.

Liest man Publikationen der Wissenschaftler nach 1945 über die eigene Vergangenheit, dann hat man den Eindruck, daß nichts schlimmer war als die „völkische Wissenschaft“. Kriegsforschung, die Vertreibung der jüdischen Kollegen, die Bedeutung und Rolle etwa der IG Farben im faschistischen Staat scheinen ihnen dagegen weniger Kopfschmerzen gemacht zu haben. Der Bedrohung des Kernbereichs ihrer wissenschaftlich-professionellen Autonomie sind sie vehement und oft mutig entgegengetreten. Auf der anderen Seite haben sie sich in den NS-Staat eingeordnet und wie jener Spektroskopiker „kriegsbedingte“ ein neues Forschungsgebiet genommen, während die „rationalen“ Machtblöcke im Staat, die Industrie, die Wehrmacht und Teile der Bürokratie, ihre Autonomie schützten. Freiheit der Wissenschaft gegen beliebige Verwertbarkeit – das scheint mir der Tauschhandel zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu sein, der sich auch im Faschismus „bewährt“ hat.



Chemiker kämpfen
für Deutschland

„Gedächtnis der verschiedenen Waffengattungen gehört heute zum Allgemeinut des deutschen Volkes. Vom Chemiker und seiner Tätigkeit hat aber kaum jemand eine rechte Vorstellung“, schreibt Walter Greiling in dem kürzlich im Limpert Verlag, Berlin, erschienenen Buch „Chemiker kämpfen für Deutschland“. Was die Erfahrungen des Weltkrieges lehrten, kommt uns heute zugute. Auf der Tradition der sich mit aller Kraft für das kämpfende Vaterland einsetzenden Persönlichkeit eines Carl Bosch aufbauend, schuf der deutsche Chemiker dem Reich die unsichtbare Waffe der Chemie. Die Landwirtschaft, den Rohstoffmarkt, die Munitionsfrage sichernd, entstand vor Jahren der erste Vierjahresplan, „dessen Hauptsachverständiger derselbe Chemiker ist (Prof. Dr. Carl Krauch, die Schriftleitung), der sein Feldbett mitten auf der Montagestätte aufgeschlagen hatte, als der Bau des Leuna-Werkes in so erstaunlich kurzer Zeit durchgeführt werden mußte. Es ist derselbe Chemiker, der später von Carl Bosch den Auftrag erhielt, auf Grund der Erfahrungen mit der Ammoniaksynthese die Benzingerinnung aus Kohle durchzuführen“. – Hinter der sich zum letzten Großangriff bereitstellenden deutschen Wehrmacht steht heute mit ungezählten Kämpfern die Großmacht Chemie. Rohstoffe gewinnend, wirtschaftliche Bedarfsflächen schließend, mit so manchen Überraschungen aufwartend, die weniger voraussehen als auf allen sonstigen Wissensgebieten.

Weimarer Republik: Krise und Vergesellschaftung der Naturwissenschaft

Neben der politischen und wirtschaftlichen Dauerkrise hatte die Weimarer Republik auch ihre „geistige Krise“. Und die kam auch als Krise der Wissenschaft zum Ausdruck. Das wilhelminische Deutschland hatte seine inneren Widersprüche hinter Antisemitismus, Nationalismus, vor allem aber hinter innerer und äußerer Expansion verdeckt. Naturwissenschaft und Technik waren Symbole der Expansion. Mit dem ersten Weltkrieg brach auch der Glaube an diese Symbole zusammen. Spengler beschwor 1918 in seinem Buch den „Untergang des

Abendlandes“ mitsamt seiner modernen Wissenschaft. Fritz Lang zeigte in „Metropolis“ den Moloch Technik und Wissenschaft in lebendigen Bildern. Selten hat es soviel Technik- und Wissenschaftskritik gegeben wie in jener Zeit. Und selten auch hat es so viele Umbrüche innerhalb der Wissenschaft gegeben. Es scheint, als habe seit der Jahrhundertwende mit dem zunehmenden Ächzen und Bröckeln der scheinbar so fest betonierten gesellschaftlichen Verhältnisse auch die Bindung an alte, feste Denk- und Wahrnehmungsstrukturen gelöst. Nach dem ersten Weltkrieg wuchs die Bereitschaft, auch die elementare Annahme einer alles beherrschenden Kausalität in Frage zu stellen. Und die Quantenmechanik vollzog schließlich diesen Einbruch.

Aber was war das für eine Wissenschaft, ohne die alten Bindungen, beherrscht von einem undurchschaubaren, offensichtlich erfahrungslosen Formalismus? Wo war das Verhältnis zur Natur geblieben? Solche Fragen haben auch viele Wissenschaftler bewegt. Unter anderem die Physiknobelpreisträger Philip Lenard und Johannes Stark. Der eine wollte seine Äthertheorie nicht aufgeben, der andere handfeste Experimentalphysik machen. Aber beide hatten das Gefühl, daß jetzt die anderen, die „modernen“, die Theoretiker, die Juden das Ansehen und die Macht in der Physik hatten. Beide, Lenard und Stark, wurden sehr früh zu Nationalsozialisten. Zu der Zeit sicher nicht aus berechnendem Opportunismus. Ihre politische Überzeugung betraf eben auch die Wissenschaft. Sie schlossen sich an das Programm an, das für die Deklassierten gemacht war, für die Deklassierten im engeren Sinne im Kleinbürgertum, aber auch für andere, zum Beispiel die Zurückgebliebenen der Wissenschaftsentwicklung.

Die Weimarer Republik war aber auch gekennzeichnet von der zunehmenden Vergesellschaftung wissenschaftlicher Arbeit.

Mit den Kaiser-Wilhelm-Instituten war die außeruniversitäre Forschung seit 1911 etabliert und fand sich in engster Zusammenarbeit mit der Industrie in ständiger Expansion. 1920 wurde eine ganze Reihe von Einrichtungen der Forschungsförderung gegründet. Mit unterschiedlichen Interessenlagen und Bindungen an die Industrie etablierten sich die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ (später „Deutsche Forschungsgemeinschaft“) und die „Helmholtz-Gesellschaft“. Hier kamen schon die divergierenden Interessen verschiedener Industriefraktionen und des Staates zum Ausdruck, ebenso die Kämpfe innerhalb der Wissenschaft. Daß mit der Macht des Faschismus auch die Politisierung dieser Konflikte und der notwendige weitere Schritt in der Vergesellschaftung naturwissenschaftlicher Forschung kam, der Versuch einer zentralen, staatlichen Forschungspolitik, erscheint nachträglich beinahe als zwangsläufig.

Die „Machtergreifung“

1933 kam der nationalsozialistische Terror: An den Hochschulen von den Studenten, aber im wesentlichen gut deutsch auf dem Verordnungswege. Beamte „nicht-arischer Abstammung“ und solche, die „nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ waren zu entlassen. Bis 1938 waren mindestens zwanzig Prozent der Naturwissenschaftler vertrieben. Zugleich entbrannte der Kampf um die freien Stellen und Ämter. Der erwähnte Stark, Altnazi und Physiker, erkämpfte sich die Präsidenschaft der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und der Notgemeinschaft. An den Hochschulen rückten politisch, wenn auch nicht gerade wissenschaftlich herausragende Leute in die freien Stellen. Es gab Machtkämpfe, Gerangel, viel Mobilität, wenig Protest, und es wurde unendlich viel Papier mit Elaboraten über die „Deutsche Wissenschaft“ beschrieben.

Politisch aktiv unter den Wissenschaftlern waren zumeist die Nazis. Sie waren es entweder aus Opportunismus, um ihre Stellung zu sichern oder eine bessere zu bekommen. Den Wert ihrer Arbeit machten sie klar, indem sie diese als „mit national-sozialistischem Geist durchdrungen“ darstellten. Oder sie waren es aus Überzeugung, mit der Idee, daß die „Bewegung“ auch ihren Vorstellungen und Wünschen von richtiger Wissenschaft, richtiger Lehre, richtigem Leben zum Durchbruch verhelfen würde. Der holländische Mathematiker Brouwer zum Beispiel stand mit seinem Intuitionismus im Grundlagenstreit der Mathematik schon auf verlorenem Posten. Er war nicht zufällig „Deutscher“ als die Deutschen. Und die Relativitätstheorie wurde praktisch verboten, zum Vergnügen derer, die sich von der „Herrschaft“ der jüdischen Theoretiker in der Physik geknechtet sahen und drängten, wieder handfest-experimentell Ätherwinde zu messen.

Die Inaktiven waren entweder gründlich „apolitisch“ oder einfach autoritätshörig, Beamte in preußischem Geist. Daß solcher Geist auch eine aufrechte Haltung ermöglichte, zeigt das Beispiel Max von Laues, der sich unter den prominenten deutschen Physikern am klarsten und konsequentesten vom Nationalsozialismus distanziert hat. Er war jedoch eine Ausnahme. Die Mehrzahl der Wissenschaftler ging schweigend den Weg der Anpassung.

Im Dienst an Volk und Rasse

Naziwissenschaft – darunter versteht man gewöhnlich die „Deutsche Physik, die Rassenlehre oder die politische Geographie. Die faschistische Gesellschaft bestand aber nicht nur aus NS-Ideologie. Die durchorganisierte, kontrollierte Gesellschaft, der zunehmend monopolistische, teils planwirtschaftlich organisierte Privatkapitalismus sind ebenso Aspekte des Faschismus. Und hierher gehören die Technokraten, die wohlfunktionierenden Hand- und Kopflanger. Die zugehörige ideologische Formel war „der Dienst an Volk und Rasse“. Diese Formel setzte sich auch für die Naturwissenschaftler durch. Als es 1937 zu konkreten Maßnahmen der Forschungspolitik kam und ein „Reichsforschungsrat“ gegründet wurde, war von dem Einsatz der Naturwissenschaften für die „Selbstermächtigung der deutschen Wirtschaft“ die Rede, und der Wissenschaft wurde ihre Freiheit zugesagt, solange sie „souverän die Probleme meistert, die das Leben“, das ist natürlich der faschistische Staat, „ihr stellt“. Und Carl Krauchs Amt sollte „Forschung und Entwicklung auf die großen Aufgaben der Rohstoffwirtschaft in Deutschland hinlenken“. Auch hier lag „nichts ferner, als etwa die Selbständigkeit der reinen Forschung (...) zu beschränken“.

Johannes Stark hatte schon 1933 vorgeschlagen, einen Forschungsrat zu gründen und versuchte, an dessen Spitze zu kommen. Die „Deutsche“ Wissenschaft hatte aber in diesen Gremien nichts mehr zu melden. Stark wurde 1936 vom Präsidentenamt der Notgemeinschaft abgelöst. Bis 1939 blieb er noch Chef des Physikalisch-Technischen Reichsinstituts. Seit 1936 kamen andere zum Zuge, Fachleute ohne großen Verbalnationalsozialismus, oft auch ohne Parteibuch. Hier waren die Manager am Werk. Auf der einen Seite Krauch im Vierjahresplan, mit der Verbindung zur IG Farben. Auf der anderen Seite, als Präsident des Reichsforschungsrats, der General der Artillerie Becker, Chef des Heereswaffenamtes, Professor an der TH Berlin und führender Mann hinter dem Riesenprojekt einer „Wehrtechnischen Fakultät“, im übrigen sowohl als Militär wie auch als Wissenschaftler hochqualifiziert. Daneben baute sich Göring für seine Luftwaffe ein umfangreiches und hochwertiges System der Forschung und Entwicklung auf.



11. November 1933: „Wahlkundgebung der deutschen Wissenschaft“. Am Tisch sitzen u.a. der Philosoph Heidegger, der Anthropologe Fischer, der Kunsthistoriker Pinter und der Chirurg Sauerbruch.

deutsche Wissenschaft

Philipp Lenard: „Deutsche Physik“? wird man fragen. – Ich hätte auch arische Physik oder Physik der nordisch getarteten Menschen sagen können, Physik der Wirklichkeits-Ergründer, der Wahrheit-Suchenden, Physik derjenigen, die Naturforschung begründet haben.

Johannes Stark: Da, wo der Jude in der Naturwissenschaft das germanische Vorbild verläßt, und gemäß seiner geistigen Eigenart wissenschaftlich sich betätigt, wendet er sich der Theorie zu; nicht die Beobachtung von Tatsachen und ihre wirklichkeitstreue Darstellung ist ihm dann mehr die Hauptsache, sondern die Ansicht, die er sich über sie bildet, und die formale Darstellung, welche er ihnen auferlegt. Im Interesse seiner Theorie verschweigt er Tatsachen, welche ungünstig für sie sind, und ebenfalls im Interesse seiner Theorie geht er zur Propaganda für sie über. Er läßt nur sie gelten, und Zweifeln gegenüber verlangt er Glauben an sie wie ein Dogma.

Erhard Tornier: Jede Theorie der reinen Mathematik hat Lebensrecht, die wirklich imstande ist, konkrete Fragen, die sich auf reale Objekte wie ganze Zahlen oder geometrische Gebilde beziehen, zu beantworten, oder wenigstens dem Aufbau dazu befähigter Theorien zu dienen. Andernfalls ist sie entweder ein unvollendeter Anfang, nämlich wenn weiterer Ausbau ihr dazu verhelfen kann, oder aber sie ist ein Dokument jüdisch-liberalistischer Vernebelung, entsprungen dem Intellekt wurzelloser Artisten, die durch Jonglieren mit objektfremden Definitionen sich und ihrem gedankenlosen Stammpublikum mathematische Schöpferkraft vorgaukeln.

Ludwig Glaser: Die Quanten sind fremde Körper in der Physik, und ihre Beseitigung wäre eine Endlösung.

Ernst Kriek: Es ist eine weltanschauliche Entscheidung, wenn ein nötiger Keil zwischen Naturwissenschaft und Mathematik, zwischen Anschauung gegenständlicher Wirklichkeit und den Apriorismus des begrifflich-mathematischen Maß- und Methodensystems getrieben wird, damit deren Identifizierung und die daraus folgende Naturzerstörung endlich aufhört, jedes von beiden aber an seinen eigentümlichen Ort gewiesen und mit seiner eigenen Würde ausgestattet wird. Es soll die Naturanschauung im Sinne Goethes als Grundlage einer eigenständigen Naturwissenschaft aus der Verklebung im souveränen Rationalismus freigemacht und vor dem Nihilismus gerettet werden.

Wertvolle und wertlose Juden ...



Max Planck (1858–1947)

„Mein Besuch bei Adolf Hitler“, unter dieser Überschrift erschien in den Physikalischen Blättern, Mai 1947 von „Geheimrat Prof. Dr. Max Planck“ eine „authentische Darstellung“ seines Gesprächs mit Adolf Hitler im Frühjahr 1933. M. Planck schrieb im Wortlaut:

Nach der Machtergreifung durch Hitler hatte ich als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Aufgabe, dem Führer meine Aufwartung zu

machen. Ich glaubte diese Gelegenheit benutzen zu sollen, um ein Wort zu Gunsten meines jüdischen Kollegen Fritz Haber einzulegen, ohne dessen Verfahren zur Gewinnung des Ammoniaks aus dem Stickstoff der Luft der vorige Krieg von Anfang an verloren gewesen wäre. Hitler antwortete mir wörtlich: „Gegen Juden an sich habe ich gar nichts. Aber die Juden sind alle Kommunisten, und diese sind meine Feinde, gegen sie geht mein Kampf“. Auf meine Bemerkung, daß es doch verschiedenartige Juden gäbe, für die Menschen wertvolle und wertlose, unter ersteren alte Familien mit bester deutscher Kultur, und daß man doch Unterschiede machen müsse, erwiderte er: „Das ist nicht richtig. Jud ist Jud; alle Juden hängen wie Kletten zusammen. Wo ein Jude ist, sammeln sich sofort andere Juden aller Art an. Es wäre die Aufgabe der Juden selber gewesen, einen Trennungsstrich zwischen den verschiedenen Arten zu ziehen. Das haben sie nicht getan, und deshalb muß ich gegen alle Juden gleichmäßig vorgehen“. Auf meine Bemerkung, daß es geradezu eine Selbstverstümmelung wäre, wenn man wertvolle Juden nötigen würde auszuwandern, weil wir ihre wissenschaftliche Arbeit nötig brauchen und diese sonst in erster Linie dem Ausland zugute komme, ließ er sich nicht weiter ein, er ging sich in allgemeinen Redensarten und endete schließlich: „Man sagt, ich leide gelegentlich an Nerven-schwäche. Das ist eine Verleumdung. Ich habe Nerven wie Stahl. Dabei schlug er sich kräftig auf das Knie, sprach immer schneller und schaukelte sich in eine solche Wut hinauf, daß mir nichts übrig blieb, als zu verstummen und mich zu verabschieden.“

Auch hier wurde natürlich mit der einschlägigen Industrie kooperiert. In der Wehrmacht scheint die Luftwaffe die effektivste Forschung und Entwicklung betrieben zu haben. Die industrie-eigene Forschung spielte nach dem Urteil der Amerikaner, die gleich nach Kriegsende alle Informationen auswerteten, dabei eine entscheidende Rolle.

Insgesamt ergab sich ein ausgesprochen uneinheitliches und undurchschaubares System der Forschung und Entwicklung. Jeder nutzte die vielfältigen informellen Querverbindungen so gut er konnte, um in dem Gerangel um Kompetenzen und Macht seinen Platz zu behalten und sich einen Vorteil zu sichern. „Geschickte Forscher, wie z.B. Professor Marx, Braunschweig, ließen sich teils vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau, teils vom Reichsforschungsrat finanzieren“ berichtet der Historiker der Notgemeinschaft, die damals dem Forschungsrat unterstellt war. Auch politisch unerwünschte Wissenschaftler oder „Mischlinge“ konnten in der Industrie unterkommen oder sich durch die Luftwaffenforschung, die Krauchstelle oder den Forschungsrat finanzieren lassen.

Eine günstige Situation

Im Krieg dann begannen Forschung und Entwicklung eine noch größere Rolle zu spielen. Die Raketenentwicklung in Peenemünde, die Bemühung um eine Atombombe, das Funkmeßverfahren (Radar) und die Produktion eines Düsenjägers sind nur die berühmtesten unter den vielen Unternehmen. Allerdings schien die Bedeutung von Technik und Naturwissenschaft für die Kriegsführung den Parteigrößen nicht klar zu sein. Einberufungen im großem Stil, Entwicklungsstops, Verzögerungen und die üblichen Kompetenzstreitigkeiten behinderten die Arbeit erheblich. Nach Kriegsende konnten sich die Wissenschaftler auf die Brust klopfen und sagen: „Es hat sicher nicht an unserem (... Institut) gelegen, wenn unsere Technik der gegenwärtigen Technik praktisch nicht gewachsen war, sondern an dem Mangel an technischem Können und Instinkt bei den militärischen Stellen und an dem Versagen der technisch-militärischen Gesamtorganisation“ (so der AEG-Physiker Carl Ramsauer). Oder: „Wenn ... Erstaunliches an Forschungsergebnissen zustandekam ..., dann ist das gewiß nicht der missetzten Wissenschaftsverwaltung zu danken, sondern lediglich den einzelnen Menschen, die in allen Forschungs- und Entwicklungssektoren in restlosem Einsatz ihrer Fähigkeiten tätig waren“ („Bilanz“ eines Anonymus).

Als dann Ende 1942 klar war, daß dieser Krieg nur noch durch ein Wunder zu retten war, erhoffte man sich dies von den modernen Magiern, den Wissenschaftlern. Diese wußten die Lage zu nützen. „Die politische Situation war also Plänen wissenschaftlicher Organisation günstig“ schreibt die Ehefrau des Mathematikers Wilhelm Süss, der „in restlosem Einsatz seiner Fähigkeiten“ schon seit Jahren versucht hatte, das Beste für die Mathematik aus der Situation herauszuholen. Zu diesem Zweck hatte er sich der NSDAP angeschlossen, war später Spartenleiter im Reichsforschungsrat geworden und war in dieser Funktion auch an der Organisation wissenschaftlicher Sklavenarbeit im KZ-Recheninstitut der SS beteiligt. Er hat dabei auch einem zum Tode verurteilten Mathematiker das Leben gerettet. Das Ziel war die Wissenschaft. Das Mittel die Kollaboration mit den Nazis. Süss war die treibende Kraft hinter der Gründung des „mathematischen Reichsinstituts“ in Oberwolfach, das heute zu einem internationalen Mathematikermekka geworden ist. Die Physiker konnten im gleichen Jahr, als manche Zeitschrift wegen Papiermangels einging, die „Physikalischen Blätter“ erstmals herausbringen, ein Propagandablatt zugleich der Physik und des Goebbelschen Ministeriums, das für das Papier gesorgt hatte. Die „Deutschen“ Wissenschaftler waren nahezu in Vergessenheit geraten, und die Forscher nutzten die Stunde, um der „reinen Wissenschaft“ wieder Raum und Ansehen zu verschaffen und sich der Startlöcher für die Zeit nach Kriegsende zu graben.

Auch in der Industrie machte man sich Gedanken um die Friedensproduktion, und es scheint, als hätte sich unter dem Mantel mancher „Wunderwaffen“-Entwicklung die Umstellung der Forschung und Entwicklung auf die Friedensproduktion schon im Kriege vollzogen. Eines der interessantesten Beispiele steht wieder im Zusammenhang mit den IG-Farben. Als es darum ging, im Rahmen des Atomprojekts eine eigene deutsche Schwerwasserproduktion aufzubauen, kam eigentlich nur die IG in Frage. Die aber machte die Mitarbeit von voller Einsicht in das ganze Projekt abhängig. Die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie war schon damals in manchem Hinterkopf. Diese Episode demonstriert die mächtige Stellung der IG und die Tatsache, daß es nicht um „Befehlswirtschaft“ ging, sondern daß die Monopole und Konzerne sehr wohl ihre Profitrechnungen machen konnten und auch ihre Entwicklungsprojekte vom Staat nur in gewissen Grenzen beeinflussen ließen.

Vergleicht man die verschiedenen forschungspolitischen Einrichtungen, so kommt die Dienststelle von Carl Krauch am besten davon. Die traditionell gute Zusammenarbeit von Industrie und Wissenschaft in der Chemie, die kaum zu überschätzende Bedeutung der IG im faschistischen Deutschland und die Doppelfunktion Krauchs waren Voraussetzungen, die kaum irgendwo sonst realisiert waren. Krauch hatte außerdem gar nicht den Anspruch, weit über die Chemie hinauszugehen. Die aber hatte die IG in der Hand. Krauchs Funktion ist das Musterbeispiel für die These vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die allerdings manches andere nicht befriedigend erklärt. Krauch machte sich auch für die Verwendung von Giftgas stark – im Interesse der IG Farben: „Die chemische Waffe ist die typisch den deutschen Rohstoffbedingungen und der Kapazität der deutschen chemischen Industrie entsprechende Waffe“ hieß es in einem Geheimbericht von 1938.

Arbeit für die Superbombe

Die den deutschen Physikern vielleicht am meisten „entsprechende Waffe“ war die Atombombe. Das „Uranprojekt“ war – glücklicherweise vielleicht – nicht in der Hand der IG. Die hatte hier nur Zuliefererfunktion. Organisatorisch war das Projekt denn auch nicht gerade von deutscher Gründlichkeit. Nach der Entdeckung der Kernspaltung Ende 1938 hatten einige Physiker schnell ihre Chance erkannt. Aus Hamburg, von Harteck, ging ein Brief ans Kriegsministerium, aus Göttingen, von Joos, einer an den Reichsforschungsrat. Kurt Diebner, Physiker im Heereswaffenamt, sah für sich die Chance, zu Einfluß und Karriere zu kommen und klemmte sich hinter das Projekt. Damit ging die Konkurrenz los. Diebner kämpfte mit dem Forschungsrat um das Projekt und auch Manfred von Ardenne, der in seinem privaten Laboratoriumsbetrieb für das Postministerium arbeitete, versuchte mit Hilfe seines Ministers ein Stück von dem vielversprechenden Kuchen abzubekommen. Aber auch bei den Forschern kann man von Kooperation nur sehr beschränkt reden. Mehrere Gruppen versuchten parallel, einen funktionsfähigen Reaktor zu entwickeln und stritten sich um das Uran und das schwere Wasser.

Die Geschichte des „Uranvereins“ ist oft erzählt worden. Auch über politische und wissenschaftliche Verantwortung gab es viel Diskussion. Soviel ist klar: Die Physiker haben „um ihrer Wissenschaft willen“ selbst das Projekt initiiert. Die wenigen, die sich überhaupt ein politisches Gewissen machten, gaben sich der Illusion hin, daß sie mit ihrem Wissen die Dinge auch in der Hand behalten könnten. Vor allem glaubten sie, daß während des Krieges eine Atombombe doch nicht mehr zu realisieren sei. Diese Überzeugung gab ihnen taktischen Spielraum, den sie so gut nutzen konnten, daß bei Kriegsende das Wort vom „Krieg im Dienste der Forschung“ umging. Die

Reichsarschall des Großdeutschen Reiches
Präsident des Reichsforschungsrates
Der Leiter der Fachsparte Physik
Tgb. Nr. RFR 1111/44 Ge/Gud.

München 22. den 29. August 1944
Physikalisches Institut der Universität
Ludwigstraße 17
Tel.: 22 760
z. Zt. Berlin-Dahlem, Boltzmannstr. 20

Herrn
H-Standardenführer Sievers
im Reichsforschungsrat
Berlin-Steglitz,
Grunewaldstraße 35

Sehr geehrter Herr Sievers!

Mit Interesse nahm ich die Ausführungen Ihres Briefes vom 21. August 1944 zur Kenntnis. Ich begrüße das Bestreben, das Fachwissen der in Konzentrationslagern sitzenden Wissenschaftler für die Grundlagenforschung einzusetzen und habe in diesem Sinne mit Dr. Graue gesprochen. Auch mit Herrn Professor Süss, Vorsitzender des Fachkreises „Mathematik“, werde ich mich in dieser Richtung in Verbindung setzen.

Heil Hitler!

gez.: Prof. Dr. Walther Gerlach

Vermerk

4. 8. 1944 S/ST.

Betr.: Einsatz von Häftlingen für wissenschaftliche Arbeiten

Die Zuverlässigkeit wissenschaftlicher Arbeiten ist bedingt. Die Ergebnisse werden häufig frisiert, um Erleichterungen zu erzielen. Es wurde festgestellt, daß dann, wenn gewisse Erleichterungen gewährt wurden, z. B. Erlaubnis, in Zivil arbeiten zu dürfen, die Untersuchungen sofort zuverlässiger waren. Im Bewährungsfalle sollte während des Einsatzes für wissenschaftliche Tätigkeit bis zur Haftbeurlaubung gegangen werden, um den Eindruck zu erzielen, daß die Betreffenden wirklich als Wissenschaftler tätig sind.

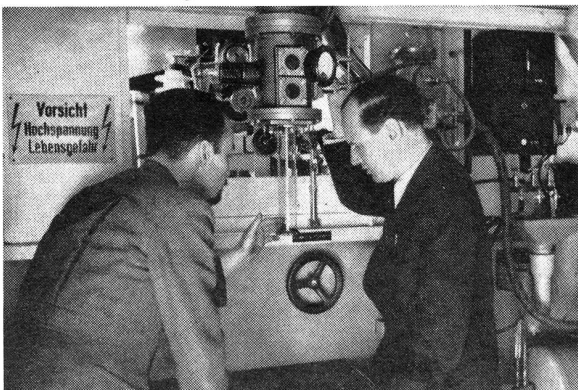
gez.: Sievers
H-Standardenführer

Vortragsfolge

Geheim

der 2. wissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft
»Kernphysik« (Reichsforschungsrat — Heereswaffenamt)
im Haus der Deutschen Forschung,
Berlin-Steglitz, Grunewaldstr. 35,
am 26. 2. 1942 um 11 Uhr

- | | |
|--|-------------------------|
| 1. Kernphysik als Waffe | Prof. Dr. Schumann |
| 2. Die Spaltung des Urankernes | Prof. Dr. O. Hahn |
| 3. Die theoretischen Grundlagen für die
Energiegewinnung aus der Uranspaltung | Prof. Dr. W. Heisenberg |
| 4. Ergebnisse der bisher untersuchten
Anordnungen zur Energiegewinnung | Prof. Dr. W. Bothe |
| 5. Die Notwendigkeit der allgemeinen
Grundlagenforschung | Prof. Dr. H. Geiger |
| 6. Anreicherung der Uranisotope | Prof. Dr. K. Clusius |
| 7. Die Gewinnung von Schwerem Wasser | Prof. Dr. P. Harteck |
| 8. Über die Erweiterung der Arbeits-
gemeinschaft »Kernphysik« durch Be-
teiligung anderer Reichsressorts und
der Industrie | Prof. Dr. Esau |



Manfred v. Ardenne vor seinem 1 Million Volt Generator



Amerikaner bauen den letzten deutschen Atommeiler in Haigerloch ab

deutsche Industrie erfüllte auch hier ihre Aufgaben hervorragend. Schließlich war in dem Projekt nicht nur für die IG Farben, sondern für viele andere der beteiligten Firmen wie Linde oder Degussa das langfristige Geschäft schon sichtbar.

Vom Uranverein zur bundesdeutschen Kernforschung

Nach 1945 kamen die Rechtfertigungen und Erklärungen. Es ging den Physikern darum, daß „die große technische Entwicklung, die sich auch im Frieden an diese Entdeckung anschließen mußte, in Deutschland einen ihrer Anfänge haben und in Deutschland Früchte tragen sollte“ (Heisenberg 1946). Und in einem offiziellen Bericht über die Kernphysik zwischen 1939 und 1949 ist von dem Willen der Physiker die Rede, „wirklich gute Physik zu treiben und die Lauterkeit wissenschaftlichen Erkennens nicht mit den Verstrickungen zu beflecken, die das persönliche Schicksal mit sich brachte“. Es wurde, man erinnere sich, immerhin nach einer Atombombe gestrebt – in aller Lauterkeit. Das Interesse an der „großen technischen Entwicklung“ brach sich bald wieder Bahn. Bagge und Diebner, beide im Uranprojekt beteiligt, erfüllte es 1957 „mit einer gewissen Bitterkeit, ... daß die Verwertung der in den Atomkernen schlummernden Energievorräte ausgerechnet in Deutschland noch immer nicht realisiert werden konnte“. Zu dieser Zeit hatten sich Wissenschaftler, Industrie und Politiker längst daran gemacht, die deutsche Kerntechnik aufzubauen. Im Zuge der politischen und militärischen Restauration wurde Westdeutschland 1955 die volle Souveränität und auch die Atomforschung zugestanden, auf die Adenauer, mit dem Gedanken an die atomare Rüstung, schon lange gedrängt hatte.



Konstituierung der Deutschen Atomkommission. Von links: Heisenberg, Haxel, Hahn und Strauß.

Tatsächlich war im Göttinger Max-Planck-Institut mit Heisenberg und Wirtz die theoretische und experimentelle Forschung schon seit Jahren wieder aufgenommen worden. Die alten Mitglieder des „Uranvereins“ waren eifrig um die Wiederbelebung der „großen technischen Entwicklung“ bemüht. Hier war die Möglichkeit, in eines der „aufregendsten“ Forschungsgebiete zu kommen. Und so beteiligten sie sich am Aufbau der Atomwirtschaft und der Forschungspolitik, weil sie, wie im Grunde auch 1939, natürlich die Förderung ihrer eigenen Forschungsinteressen erwarteten. Industrie und Wissenschaft umarmten sich in der „Physikalischen Studiengesellschaft“, 1954 unter Beteiligung von 16 Firmen gegründet. Auch auf der anderen Seite gab es alte Bekannte. Die IG Farben war mit ihren Nachfolgern dabei. Carl Krauch war zwar nicht mehr mit von der Partie. Dafür wurde Karl Winnacker, der unter den Nazis zum

Hoechst-Chef avanciert war, zum entscheidenden Mann und bekam als einer der Stellvertreter des Vorsitzenden der Deutschen Atomkommission (das war der jeweilige „Atomminister“) eine Stellung, die durchaus an die Carl Krauchs erinnert. Kollege in der Stellvertretung ein Repräsentant der Max-Planck-Gesellschaft: Die IG Farben und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – unter neuen Bedingungen. Die Wissenschaftler hatten weiterhin in der Industrie ihren besten Partner. Und mit den Politikern ging es wieder nicht so gut. Erster Atomminister war immerhin F.J. Strauß. Adenauer und ihm ging es um die atomare Rüstung. Der „Atomminengürtel an der Zonengrenze“ war im Gespräch. 18 prominente Wissenschaftler protestierten 1957 öffentlich gegen die atomare Bewaffnung, darunter eine ganze Reihe von Mitgliedern des alten Uranvereins.

Politikverzicht der Naturwissenschaften

Aber für Politik waren die Naturwissenschaftler schon immer nur in Ausnahmefällen zu haben. Wie jetzt, als ihnen die Nachricht von Hiroshima noch in den Knochen saß. Mochten sie sich auch der Illusion hingeben, die Verfügung über die Ergebnisse ihrer Arbeit irgendwie in der Hand zu haben, ausrichten konnten sie immer nur dann etwas, wenn sie einen geeigneten Bündnispartner fanden – und das war auch während der Herrschaft des Faschismus die Industrie. Jene Industrie, die mit für die Macht des Faschismus verantwortlich war, die selbst mit „Führer“ und „Gefolgschaft“ die faschistische Sozialordnung gegen die Arbeiterbewegung und zuerst für die eigenen Betriebe verwirklicht hatte, die auf den europäischen Wirtschaftsraum spekuliert oder gedrängt hatte, und so fort.

Gewährt haben sich die Naturwissenschaftler immer dann, wenn ihnen Ideologen in die wissenschaftliche Suppe spucken wollten. An der ideologischen Verwertung der Wissenschaft haben sie sich selten gestoßen, vor allem dann nicht, wenn es für sie guten Ruf und gutes Geld brachte. Die technische Verwertung lag ihnen am Herzen. Und für die sorgt die kapitalistische Industrie optimal, ihrerseits immer bereit, für die „Freiheit der Forschung“ einzutreten. Dazu gehört allerlei Ideologie, viel bornierte Selbstbeschränkung, auch und gerade innerhalb der Wissenschaft. Solange ihre methodische und theoretische Autonomie gewahrt ist, funktioniert die Wissenschaft, auch wenn die „Zeitmstände“ die Ziele und die Verwertung der Forschung beeinflussen. Für ihre Autonomie verzichten sie auf jeglichen politischen Anspruch, der innerhalb der wissenschaftlichen Arbeit und mit ihr zu realisieren sei. Das ist ein Pakt, der mit der noch feudalen Gesellschaft schon im 17. Jahrhundert geschlossen wurde. Im entwickelten Kapitalismus wurde er erst so recht fruchtbar. Mit diesem Pakt haben die Naturwissenschaftler so manchen Wandel durchstanden. Auch über die Schwellen von 1933 und 1945 sind sie gut weggekommen. Daß sich der Spektroskopiker Schüler von Carl Krauch vor dem Eindringen der „Politik“ in die Wissenschaft schützen ließ und daß er dafür von der spektroskopischen Arbeit im Rahmen theoretischer Kernphysiker zur Untersuchung organischer Moleküle wechselte, entspricht jenem Pakt – ein höchst politischer Schritt des apolitischen Wissenschaftlers.

Literatur

Einen ausführlichen Literaturbericht, in dem auch die hier zitierten Passagen nachgewiesen sind, enthält:

H. Mehrrens u. S. Richter (Hrsg.): Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Suhrkamp, Frankfurt (stw 303), im Druck.

Einen Überblick über die NS-Wissenschaftspolitik gibt:

K.H. Ludwig: Technik und Ingenieure im Dritten Reich. Taschenbuchausgabe Düsseldorf 1979 (Kapitel 6).

Zwei deutsche Karrieren

Aus dem Radio hört man die heisere Stimme des Nachrichtensprechers: *Here is the BBC London. The News: President Truman has announced a tremendous achievement by Allied scientists. They have produced the atomic bomb. One has already been dropped on a Japanese army base...*

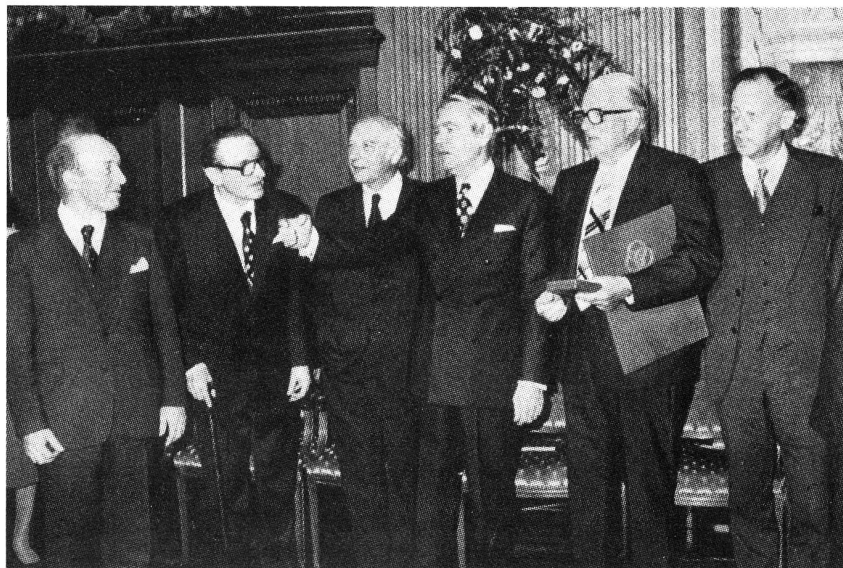
Es ist der 6. August 1945, 18.00 Sonderinternierungslager Farm Hall. Hier sind die zehn führenden Atombombenbauer des Führers aus dem „Uranverein“ in Haft. Unter Ihnen Prof. P. Harteck und Dr. E. Bagge*. Auf die Nachricht des ersten Atombombenabwurfs über Hiroshima behauptet von Weizsäcker: „Ich glaube, der Grund dafür, weshalb wir es nicht getan haben, ist der, daß alle Physiker es nicht tun wollten, grundsätzlich nicht. Wenn wir alle gewollt hätten, daß Deutschland den Krieg gewinnt, dann hätte es uns gelingen können“. Erregt antwortet darauf E. Bagge: „Ich halte es für widersinnig, daß die Arbeit Erfolg hat. Das mag für seinen Fall zutreffen, aber nicht für uns alle“.

In der Tat war vor allem P. Harteck die treibende wissenschaftliche und organisatorische Kraft hinter einem großen Teil des deutschen Uranbombenprojekts gewesen. Gleich nach O. Hahns Entdeckung der Uranspaltung schrieb er im April 1939 einen Brief an das Reichskriegsministerium mit dem Hinweis, daß die „jüngste Entwicklung der Nuklearphysik“ es ermögli-

1978 trafen sich nun in der „Villa Hügel“ der ehemaligen Kanonenfirma Krupp, acht Wissenschaftler, um den mit 500.000 DM dotierten „Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Preis für Energieforschung“ durch den Bundespräsidenten W. Scheel überreicht zu bekommen. Unter diesen Acht, alte Bekannte – aus dem Uranverein. Neben P. Harteck noch H. Martin, der damals ebenfalls in Kiel an Ultrazentrifugen gearbeitet hatte, und K. Beyerle, Chef der technischen Forschung des Rüstungsunternehmens Anschütz & Co. (Kiel). Die Ultrazentrifugen wurden unter seiner Leitung hergestellt. Kommentar des Krupp-Preisrichters und Ex-Wissenschaftsminister H. Leussink zu dieser Auswahl: „Schlaglichtartig und überzeugend“ habe sie „eine der interessantesten Perioden unserer Wissenschafts- und Technikgeschichte“ beeinflusst.

Vergleichsweise harmlos erscheint diese Karriere des Herrn Harteck gegenüber dem Aufstieg des Dr. Bagge.

E. Bagge hatte Sept. 39 unter Leitung des Heereswaffenamtes die erste Geheimkonferenz des Atombombenprojekts vorbereitet. Anschließend arbeitete er hauptsächlich an seiner „Isotopenschleuse“ als Urananreicherungsmethode (Ausführung: Bamag-Meguin). Seine wissenschaftliche Zähigkeit bewies er, als er nach mehrmaliger Zerbombung seiner Isotopenschleuder im August 43 nach Butzbach umzog. Dort im Butzbacher Werk der Bamag ließ er sie mit Hilfe russischer Häftlinge, die aus dem Butzbacher KZ kamen, neu herstellen. 1943 bekamen auch seine Arbeiten die höchste Dringlichkeitsstufe DE.



Von links: S. Whitley, H. Martin, Scheel, Kruppvorsitzender Beitz und P. Harteck.

E. Bagge

chen würde, „eine entscheidende Kriegswaffe“ zu produzieren. Im weiteren Verlauf des bis 1942 unter direkter Leitung des Heereswaffenamtes stehenden Uranprojekts, profilierte sich Harteck als vielseitiger Fachmann für Urananreicherung (Clusius-Düchel-Verfahren mit Uranhexafluorid – geliefert von den IG Farben) und insbesondere für die Schwerwasserproduktion (Harteck-Sueß Verfahren, für das die Ammoniakwerke der IG Farben/Leuna 1942 eine halbtechnische Versuchsanlage unter dem Decknamen „Stalinorgel“ bauten). Unter seiner Protektion konstruierte sein Hamburger Mitarbeiter Groth die erste Ultrazentrifuge. Harteck besaß neben wissenschaftlichem Engagement für das Bombenprojekt vor allem auch die nötige politische Tuchfühlung zu höchsten Nazispitzen: Noch 1943 werden seine Projekte mit 265.000 RM gefördert, Projekte, die mit der seltenen Stufe DE (höchste Dringlichkeitsstufe) belegt sind.

* Außer ihnen befanden sich dort: K. Diebner, W. Gerlach, O. Hahn, W. Heisenberg, H. Korsching, M. von Laue, C.F. Weizsäcker, K. Wirtz

Ende Oktober 1977 erhielt der inzwischen zum Professor avancierte E. Bagge das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der BRD. Seine Laufbahn seit 1945:

- Direktor des Instituts für reine u. angewandte Kernphysik (Uni Kiel)
- Mitbauer des Atomschiffs „Otto Hahn“
- Aufsichtsratsmitglied der NWK (Brokdorf-Betreiber)
- Gründer und Vizepräsident der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau u. Schifffahrt
- wesentlicher Anteil am Aufbau des Kernforschungszentrum Geesthacht
- Mitarbeit an NASA-Projekten (z.B. Heliosprojekt)

Zwei deutsche Karrieren? Sicherlich nicht allein in dem Sinne, daß sie in der personellen Kontinuität liegen – die ehemaligen Naziatomwissenschaftler sind bald ausgestorben – sondern vor allem in den politischen Bedingungen der BRD, die diese Kontinuität ermöglichen.

Die ehrenwerten Männer der deutschen Chemie

Am 30. Juli 1948 ging der „IG Farben-Prozeß“ des Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gegen 13 Direktoren der IG Farben nach 15 Monaten zu Ende. Gegen diese „Macher“ des größten deutschen Konzerns wurden langjährige Haftstrafen verhängt.

Es dauerte dann keine 4 Wochen, bis die „Gesellschaft Deutscher Chemie“ am 2. September auf ihrer Hauptversammlung in Hannover eine Protesteingabe an General Lucius D. Clay – Militärgouverneur und Gerichtsherr der US-Zone – richtete. Sie lautete:

„Der Vorstandsrat der 4500 Mitglieder umfassenden Gesellschaft Deutscher Chemiker bittet Sie, Herr General, nach ausdrücklicher Billigung dieser Eingabe durch die zur Hauptversammlung in Hannover versammelten Mitglieder, dem von dem Amerikanischen Militärgericht in Nürnberg gegen 13 Direktoren der früheren IG-Farbenindustrie gefällten Urteil die erforderliche Bestätigung zu versagen.“

Wir kennen die Verurteilten durch jahrzehntelange Arbeit als ehrenwerte Männer. Wir sind der Ansicht, daß die Methoden der Anklagebehörde nicht den früher, vor dem Hitlerregime, in Deutschland und den in den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschriebenen Methoden entsprochen haben. Wir sind ferner der Ansicht, daß die Richter nicht den Umständen des totalen Krieges in einem diktatorisch mit terroristischen Methoden regierten Staate Rechnung getragen haben. Wir stehen verständnislos der Höhe der verhängten Gefängnisstrafen gegenüber für Männer, die damit unserer Meinung nach zu Unrecht mit gemeinen Verbrechern gleichgestellt werden. Wir können aus unserer Kenntnis der Verurteilten nicht glauben, daß ihnen unehrenhafte Gesinnung oder Handlungen wirklich nachgewiesen worden sind. Das uns alle erfüllende Streben nach Verständigung der Völker wird durch dieses Urteil erschwert. Wir wären Ihnen, Herr General, zu Dank verbunden, wenn Sie sich dafür einsetzen würden, daß das Urteil durch das Amerikanische Bundesgericht, dessen Richter in der ganzen Welt Ansehen genießen, revidiert wird.“

Damit kein Irrtum entsteht, der Vorstandsrat der „Gesellschaft Deutscher Chemiker“, der die „Verurteilten durch jahrzehntelange Arbeit als ehrenwerte Männer“ kennt, meinte z.B. die Herren Direktoren:

Dr. Otto Ambros, Vorstandsmitglied des Technischen – u. Chemikalienausschusses der IG Farben, Wehrwirtschaftsführer, Sonderbeauftragter für Forschung und Entwicklung im Vierjahresplan, Leiter des Sonderausschusses „Chemie Kampfmittel“ und des Hauptausschusses „Pulver und Sprengstoff“ beim Rüstungsamt, verantwortlich für den Bau des 4. Buna Werks der IG in Auschwitz.

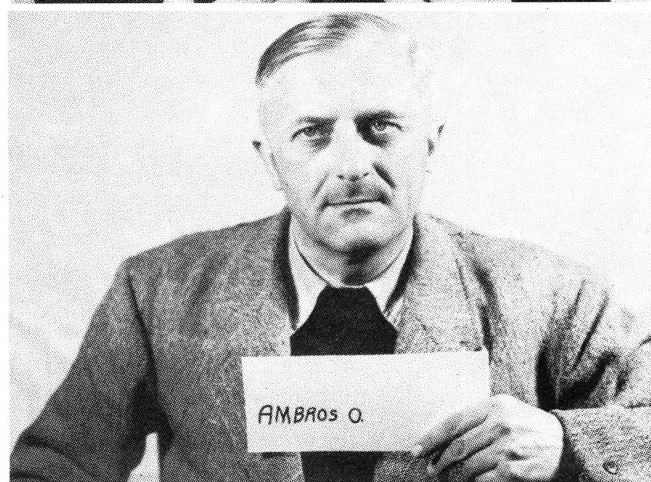
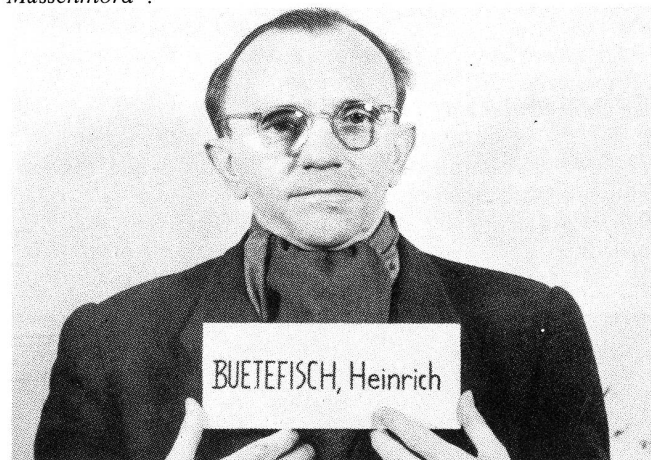
Dr. Heinrich Bütefisch, ab 1929 Direktor der Leunawerke, 1934–38 stellvertretendes Vorstandsmitglied, 1938–45 Vorstandsmitglied der IG Farben, 1932 Mitglied des „Freundeskreis des Reichsführers SS“ der NSDAP, Wehrwirtschaftsführer, SS-Obersturmbannführer, Ritterkreuzträger.

Carl Krauch, 1925–40 Vorstandsmitglied, 1940–45 Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, Wehrwirtschaftsführer, 1936–38 Präsident des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau im Vierjahresplan, 1939–45 Mitglied des Präsidiums des Reichsforschungsrates.

Dr. Walther Dürrfeld, Oberingenieur der IG Farben/Leuna, ab 1943 Direktor des Werkes Auschwitz der IG Farben, Bezirksobmann für Oberschlesien bei der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie.

Die Protesteingabe der „Gesellschaft Deutscher Chemiker“ war nicht die einzige Reaktion auf den „Chemieprozeß“. In dieser Eingabe hatte sich gleichsam nur die „reine Wissenschaft“

artikulierte. Die chemische Industrie, seit der Zerschlagung des IG-Imperiums „führungslos“ geworden, meldete sich über die „Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ am 14. August 48 auf einer Tagung in Köln. Massiver als die ständischen Chemiker forderte sie, daß „es die Sache des richtenden Siegers ist, die Konsequenz des eigenen Urteilspruches zu ziehen und das zu beseitigen, was hier beseitigt werden muß“, nämlich die „Diskriminierung der deutschen Chemie“, profaner übersetzt: Das Kontrollratsgesetz Nr. 9 vom November 45 zur „Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der IG-Farbenindustrie“. Es gelang nicht. Die schon erwähnten Herren der IG-Farben wurden vielmehr als Kriegsverbrecher verurteilt: O. Ambros zu 8 Jahren, H. Bütefisch zu 6 Jahren, C. Krauch zu 6 Jahren und W. Dürrfeld zu 8 Jahren. Urteilstext: „Verantwortlich für Versklavung und Massenmord“.



Dennoch, die Zeiten änderten sich schnell in der 1949 ausgerufenen Bundesrepublik Deutschland: Politische und ökonomische Restauration, Kalter Krieg. Die im Nazideutschland begangenen „Sünden“ wurden nun anders gewertet: Vorzeitige Entlassung von O. Ambros, anschließend Aufsichtsratsmitglied der Scholven-Chemie/Gelsenkirchen und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke/Trostberg. 1951 vorzeitige Entlassung von H. Bütefisch, anschließend wieder Aufsichtsratsfunktionen in vielen Großunternehmen (Deutsche Gasolin AG, Ruhrchemie AG u.a.). 1964 Großverdienstkreuz des Verdienstordens der BRD (nach Protesten im Ausland wieder rückgängig gemacht). W. Dürrfeld, vorzeitig entlassen, anschließend Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedschaften in der BRD. C. Krauch, vorzeitig entlassen, anschließend Aufsichtsratsmitglied der IG-Nachfolgegesellschaft Chemische Werke Hüls AG/Marl.

Die deutsche Chemie hat ihre Direktoren wieder.